

Aktenzeichen

Eingangsstempel

Antrag auf Landeserziehungsgeld nach dem Sächsischen Landeserziehungsgeldgesetz (SächsLERzGG) für Geburten ab 01.01.2018

Termin: Landeserziehungsgeld wird rückwirkend nur für den Lebensmonat vor dem Monat der Antragstellung gewährt.
Eine frühestmögliche Antragstellung kann drei Monate vor Beginn des gewählten Leistungszeitraumes erfolgen.

- Antrag auf Inanspruchnahme der Leistung beginnend im 2. Lebensjahr des Kindes**
 Antrag auf Inanspruchnahme der Leistung beginnend im 3. Lebensjahr des Kindes

Aktenzeichen Bundeselterngeld (soweit vorhanden): _____

<p>Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 des Sozialgesetzbuches - Erstes Buch (SGB I) - alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen, andernfalls kann der Leistungsträger die Leistung nach § 66 SGB I ganz oder teilweise versagen. Beiliegendes Merkblatt hilft Ihnen beim Ausfüllen.</p>	<p>Hinweise zum Datenschutz (§ 67 ff SGB X): Ich nehme zur Kenntnis, dass die Auskünfte und Unterlagen, die die zuständige Elterngeldstelle im Zusammenhang mit dem Verfahren nach dem SächsLERzGG erhalten hat, nach den geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen an andere Sozialleistungsträger übermittelt werden dürfen, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist. Dies betrifft im Einzelfall auch besonders schutzwürdige Daten (z. B. medizinische Daten). Nur dieser Datenübermittlung kann von Ihnen nach § 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB X widersprochen werden. Der Weitergabe kann auch noch später widersprochen werden. <input type="checkbox"/> Ich erhebe gegen diese Übermittlung Widerspruch.</p>
Die erhobenen Daten werden elektronisch gespeichert.	

1 Kind, für das Landeserziehungsgeld beantragt wird

➔ *Original-Geburtsbescheinigung/-urkunde mit dem Vermerk "für Elterngeld/für soziale Zwecke" beifügen, für jedes Kind (soweit noch nicht eingereicht)*

Familienname des Kindes	Vorname	Geburtsdatum
Geburtsort	Mehrlingsgeburt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:	Vornamen der Mehrlingsgeschwisterkinder

2 Antragsteller - Persönliche Angaben

Name	Vorname	Geburtsname	Geburtsdatum
Straße, Haus-Nr.	PLZ, Ort, Ortsteil	Geschlecht <input type="checkbox"/> weibl. <input type="checkbox"/> männl. <input type="checkbox"/> divers	
Telefon-Nr., Fax *)	E-Mail-Adresse *)	derzeitige Tätigkeit *)	
Familienstand <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> verheiratet, dauernd getrennt lebend <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden			
Ich lebe mit dem anderen Elternteil in eheähnlicher Gemeinschaft: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch ➔ <i>Spät-/Aussiedler Bundespersonal-/Vertriebenenausweis/Bescheinigung nach § 15 BVFG/Registrierschein beifügen</i> <input type="checkbox"/> EU-/EWR-Staat/Schweiz: _____ Ich bin freizügigkeitsberechtigt: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Ich bin in Deutschland erwerbstätig oder arbeitssuchend: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Entscheidung über Entzug des Rechts auf Einreise und Aufenthalt ist anhängig/ergangen: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja ➔ <i>Nachweis beifügen</i> <input type="checkbox"/> andere Staatsangehörigkeit: _____ ➔ <i>Vorlage Pass einschließlich Aufenthaltstitel oder Bescheinigung der Ausländerbehörde (Anlage S. 1 Nr. 20) zum Originaltitel ist erforderlich</i>			

3 Krankenversicherung

Ich bin: <input type="checkbox"/> pflichtversichert <input type="checkbox"/> freiwillig versichert <input type="checkbox"/> familienversichert <input type="checkbox"/> privat versichert <input type="checkbox"/> sonstig versichert <input type="checkbox"/> nicht versichert					
Bezeichnung und Sitz der Kasse				Mitglieds-Nr.	

4 Angaben zum gesetzlichen Vertreter/Vormund/Pfleger (soweit vorhanden)

➔ *Kopie der Bestallungsurkunde beifügen (soweit noch nicht eingereicht)*

Name	Vorname	Namenszusatz	Geschlecht <input type="checkbox"/> weibl. <input type="checkbox"/> männl. <input type="checkbox"/> divers
Einwilligungsvorbehalt angeordnet: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: _____			
Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort			
Telefon-Nr. *)	E-Mail-Adresse *)	Fax *)	

*) freiwillige Angabe

5 Hauptwohnsitz/gewöhnlicher Aufenthalt/Arbeitsverhältnis

Ich habe meinen Hauptwohnsitz/ gewöhnlichen Aufenthalt in **Sachsen** seit: _____

Ich beabsichtige nach Antragstellung im beantragten Bezugszeitraum meinen Hauptwohnsitz/gewöhnlichen Aufenthalt zu verlegen:
 nein ja, ab: _____ innerhalb Sachsens in ein anderes Bundesland ins Ausland
neue Wohnanschrift _____

Ich bin oder mein Ehe-/Lebenspartner ist Saisonarbeitnehmer Werkvertragsarbeitnehmer
 Ich stehe oder mein Ehe-/Lebenspartner steht in einem ausländischen Arbeitsverhältnis, Beschäftigungsland: _____

Ich habe meinen Wohnsitz **im Ausland** seit: _____ Zeitraum (von - bis) _____ Land _____ Grund _____

Ich unterliege / mein Ehe-/Lebenspartner unterliegt nach § 4 SGB IV dem deutschen Sozialversicherungsrecht / stehe in einem inländischen Dienst-/Arbeitsverhältnis (z. B. bei Entsendung, Abordnung) → *Bescheinigung des Dienstherrn beifügen*
 Ich bin oder mein Ehe-/Lebenspartner ist Entwicklungshelfer. → *Bescheinigung des anerkannten Trägers beifügen*
 Ich bin oder mein Ehe-/Lebenspartner ist Missionar. → *Bescheinigung des Missionswerks/der Missionsgesellschaft beifügen*

6 Ehegatte/Lebenspartner/Partner der eheähnlichen Gemeinschaft (anderer Elternteil)

Name	Vorname	Geburtsname	Geburtsdatum
Anschrift (falls abweichend zu Nr. 2) - Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort			
Staatsangehörigkeit	derzeitige Tätigkeit *)	Beschäftigungsland	Sitz Arbeitgeber/Dienstherr

7 Kindschaftsverhältnis zum Antragsteller

Leibliches Kind, für das mir das Personensorgerecht zusteht
→ *bei Vätern von unehelichen Kindern Sorgeerklärung und Haushaltbescheinigung (Anlage S. 1 Nr. 21) beifügen*

Leibliches Kind, für das mir das Personensorgerecht **nicht** zusteht
→ *Zustimmung des personensorgerechtigten Elternteils (Anlage S. 2 Nr. 22), Haushaltbescheinigung (Anlage S. 1 Nr. 21) und Vaterschaftsanerkennung beifügen*

Adoptivkind Haushaltsaufnahme seit: _____
→ *Annahmebeschluss des Gerichts beifügen*

Kind in Adoptionspflege Haushaltsaufnahme seit: _____
→ *Bestätigung des Jugendamtes/der Adoptionsvermittlungsstelle und Haushaltbescheinigung (Anlage S. 1 Nr. 21) beifügen*

Kind des Ehe-/Lebenspartners (Stiefkind) Haushaltsaufnahme seit: _____
→ *Haushaltbescheinigung (Anlage S. 1 Nr. 21) beifügen*

Nicht leibliches Kind (z. B. Enkelkind), für das mir das Personensorgerecht durch das Familiengericht übertragen worden ist
→ *Gerichtsbeschluss beifügen*

Nicht leibliches Kind, das **im Härtefall** von einem Verwandten bis 3. Grades oder dessen Ehe-/Lebenspartner betreut wird und für das kein Personensorgerecht besteht Verwandtschaftsverhältnis zum Kind: _____
→ *Haushaltbescheinigung (Anlage S. 1 Nr. 21) beifügen*

8 Weitere Kinder im Haushalt (siehe Erläuterungen zum Antrag S. 2 Nr. 8)

Ich habe weitere Kinder im Haushalt, für die ich oder mein (Ehe-/Lebens-)Partner Kindergeld erhält:

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:	Name	Vorname	Geburtsdatum

→ *Aktuelle Belege über die Kindergeldzahlung beifügen*

9 Betreuung und Erziehung im eigenen Haushalt

Das Kind lebt in der Zeit, in der Landeserziehungsgeld beantragt wird, mit mir in einem Haushalt und wird von mir selbst betreut und erzogen.

Das Kind lebt nur seit/von _____ bis _____ mit mir in einem Haushalt und wird von mir betreut und erzogen.
Grund: _____

10 Härtefall

Es liegen Umstände vor, die einen **Härtefall** begründen können (Insbesondere kann bei schwerer Krankheit, schwerer Behinderung, Tod eines Elternteils oder bei erheblich gefährdeter wirtschaftlicher Existenz vom Erfordernis der Personensorge, der Betreuung und Erziehung sowie vom Verzicht auf eine volle Erwerbstätigkeit abgesehen werden.):

nein ja, Härtefalltatbestand: _____

→ *Aktuelle Unterlagen (z. B. Sterbeurkunde, ärztliches Attest, Schwerbehindertenbescheid) beifügen*

11 Bestimmung/Wechsel des Erziehungsgeldberechtigten

Das Landeserziehungsgeld soll erhalten

die Mutter für den gesamten Leistungszeitraum oder von _____ bis _____ (Angabe in vollen Lebensmonaten)

der Vater für den gesamten Leistungszeitraum oder von _____ bis _____ (Angabe in vollen Lebensmonaten)

Sofern Sie sich im Leistungsbezug abwechseln wollen, ist von jedem Elternteil ein gesonderter Antrag zu stellen.

12 Bezug von Elterngeld

Ich bezog/beziehe Elterngeld, einschließlich bis zum _____ . Lebensmonat des Kindes.

13 Höhe und Bezugszeitraum

(Bitte beachten Sie die Allgemeinen Informationen S. 1 Nr. 2 u. Erläuterungen zum Antrag S. 2 Nr. 13)

Ich beantrage Landeserziehungsgeld beginnend **im 2. Lebensjahr** (zwischen 13. und 24. Lebensmonat - LM -) des Kindes, jedoch nicht vor dem Ende des Anspruchs auf Basiselterngeld

5 Monate beim **ersten** Kind, monatlich max. **150 EUR**, vom _____ LM bis _____ LM

6 Monate beim **zweiten** Kind, monatlich max. **200 EUR**, vom _____ LM bis _____ LM

7 Monate beim **dritten** Kind, monatlich max. **300 EUR**, vom _____ LM bis _____ LM

Ich beantrage Landeserziehungsgeld **im 3. Lebensjahr** des Kindes (siehe auch Hinweis in Erläuterungen zum Antrag S. 2 Nr. 13/14)

Bitte beachten Sie, dass bei beabsichtigter Inanspruchnahme der Höchstdauer (9 oder 12 Lebensmonate) für das Kind seit seinem vollendeten 14. Lebensmonat keine staatlich geförderte Kindertageseinrichtung oder staatlich geförderte Tagespflege in Anspruch genommen wurde.

9 Monate/ **5 Monate** beim **ersten** Kind, monatl. max. **150 EUR**, vom _____ LM bis _____ LM

9 Monate/ **6 Monate** beim **zweiten** Kind, monatl. max. **200 EUR**, vom _____ LM bis _____ LM

12 Monate/ **7 Monate** beim **dritten** Kind, monatl. max. **300 EUR**, vom _____ LM bis _____ LM

14 Kindertageseinrichtung/Kindertagespflege

(siehe Erläuterungen zum Antrag S. 2 Nr. 14)

Für das genannte Kind wurde/wird ab dem vollendeten 14. Lebensmonat und in der Bezugszeit des Landeserziehungsgeldes eine Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege

nicht in Anspruch genommen.

Zeitraum (von - bis)

Zeitraum (von - bis)

in Anspruch genommen:

Name und Anschrift der Einrichtung/Tagespflegeperson

Einrichtung/Tagespflege wird staatlich gefördert: ja nein

Grund für die Inanspruchnahme

15 Vergleichbare Leistungen des Antragstellers in Deutschland/im Ausland

Ich beziehe/bezog für das genannte Kind Landeserziehungsgeld oder eine vergleichbare Leistung in einem anderen Bundesland oder beabsichtige, eine Leistung dieser Art zu beanspruchen:

nein ja: Zeitraum (von - bis) Bundesland Leistung Aktenzeichen

Besteht/Bestände im Ausland ein Anspruch auf eine dem Erziehungsgeld vergleichbare Familienleistung?

nein ja: Land Leistungsart Dauer Höhe

➔ Entsprechende Leistungsbescheide beifügen

16 Bezug von Entgeltersatzleistungen durch den Antragsteller

Ich beziehe in dem Zeitraum, für den Landeserziehungsgeld beantragt wird, z. B. Arbeitslosengeld I, Arbeitslosenbeihilfe, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld, Krankengeld, Verletztengeld, Insolvenzgeld, Winterausfallgeld, Kurzarbeitergeld, Verdienstausschüttung oder vergleichbare ausländische Entgeltersatzleistungen.

nein ja wurde beantragt

Bezeichnung der Leistungsstelle	Art der Leistung	Dauer	Aktenzeichen

➔ Entsprechende Leistungs-/Bewilligungsbescheide beifügen bzw. nachreichen

17 Erwerbstätigkeit des Antragstellers (im Bezugszeitraum des Landeserziehungsgeldes)

Im Bezugszeitraum des Landeserziehungsgeldes werde ich

keine Erwerbstätigkeit ausüben.

vom _____ bis _____ eine Erwerbstätigkeit mit _____ Wochenstunden (Lehrer: Pflichtstunden) ausüben. Ich werde

als Arbeitnehmer **mehr** als geringfügig erwerbstätig sein.
→ *Arbeitszeitbestätigung (Anlage zum Antrag Nr. 23) und Verdienstbescheinigung (Erklärung zum Einkommen S. 3) ausgefüllt beifügen*

geringfügig erwerbstätig sein, mit einem monatlichen Entgelt bis 400 EUR (z. B. Mini-Job).
→ *Arbeitszeitbestätigung (Anlage zum Antrag Nr. 23) und Verdienstbescheinigung (Erklärung zum Einkommen S. 3) ausgefüllt beifügen*

selbstständig/ als helfendes Familienmitglied erwerbstätig sein.
→ *Erklärung (Anlage zum Antrag Nr. 24) und Einkommensnachweis beifügen*

Resturlaub (Erholungsurlaub) vom _____ bis _____ auf der Basis von _____ Wochenstunden nehmen.

vom _____ bis _____ in Berufsausbildung Berufsbildung (Um-
schulung/Fortbildung) (Hoch-)Schulausbildung stehen.
→ *Aktuellen Ausbildungsvertrag, Schul-/Immatrikulations- oder Maßnahmebescheinigung beifügen*

Ich betreue mein Kind während der ausbildungsfreien Zeit (Wochenende, Ferien, andere freie Tage) selbst: ja nein

vom _____ bis _____ eine geeignete Tagespflegeperson i. S. d. § 23 SGB VIII sein und _____ weitere Kinder (Anzahl) betreuen.
→ *Nachweise beifügen*

Eine Betreuung des Kindes während meiner Erwerbstätigkeit/Schul-/Bildungsmaßnahme erfolgt durch folgende Person oder Einrichtung:
Name und Anschrift der Einrichtung/Tagespflegeperson

18 Zahlungsangaben

Für das nachfolgende Konto bin ich verfügungsberechtigt:

IBAN (22-stellig) *Bitte vollständig ausfüllen!*

Kontoinhaber - nur wenn nicht identisch mit Antragsteller

BIC / SWIFT-Code (11-stellig)

Bezeichnung des Geldinstituts

19 Einwilligungserklärung

Zur Durchführung der Prüfung über eine Entscheidung nach dem SächsLERzGG ist es erforderlich, Beweisurkunden und Unterlagen beizuziehen, die Auskunft zu den Anspruchsvoraussetzungen, maßgebenden Einkommensverhältnissen oder über gewährte Sozialleistungen geben können (§ 67a SGB X). Sollten Sie die Einwilligung zur Beiziehung der Unterlagen verweigern, kann über Ihren Anspruch nach diesem Antrag nicht oder nur eingeschränkt entschieden werden.

Deshalb benötigen wir von Ihnen **nachfolgende Einwilligungserklärung**.

Ich bin vorbehaltlich nachfolgender Erklärung damit **einverstanden**, dass die für meinen Wohnort zuständige Eltern- und Erziehungsgeldstelle zur Bearbeitung meines Antrages **erforderliche Auskünfte** bei dem Finanzamt, der Meldebehörde, der Krankenkasse, dem Jugendamt, der Kindertageseinrichtung, der Tagespflegeperson, der Ausländerbehörde, der Agentur für Arbeit und anderen Leistungsträgern, welche ich im Antrag angegeben habe oder die aus den von mir überlassenen Unterlagen ersichtlich sind, einholt:

ja nein

Folgende Stellen **schließe ich** ausdrücklich von dieser Einwilligung **aus**:

Diese Einwilligungserklärung kann jederzeit schriftlich mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Dem Antrag ist ergänzend das Informationsblatt zum Datenschutz nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) beigelegt. Mit meiner Unterschrift bestätige ich auch die Kenntnisnahme der Information.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller

Unterschrift gesetzlicher Vertreter
(soweit erforderlich)

19.1 Erklärung

Ich erkläre die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Ich werde bei **Änderung der Verhältnisse** das Sozialamt der Stadt Chemnitz unverzüglich unterrichten, insbesondere wenn

- ich eine Erwerbstätigkeit aufnehme (auch eine geringfügige), aufgabe oder im zeitlichen Umfang ändere,
- Entgeltersatzleistungen (z. B. Arbeitslosengeld I, Krankengeld, Übergangsgeld) bezogen werden,
- sich mein Hauptwohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt ändert (Wegzug aus Sachsen),
- ich für mein Kind eine staatlich geförderte Kindertageseinrichtung oder staatlich geförderte Tagespflege beanspruche,
- das Kind nicht mehr in meinem Haushalt lebt und von mir nicht mehr betreut und erzogen wird,
- eine Änderung der familiären Verhältnisse (z. B. Geburt eines weiteren Kindes, Tod eines anspruchsberechtigten Kindes) eintritt,
- die Zustimmung des sorgeberechtigten Elternteils entzogen wird,
- die Aufenthaltsgenehmigung geändert oder entzogen wurde oder der Aufenthaltstitel erloschen ist,
- sich meine Anschrift oder Bankverbindung ändert,
- ausländische oder dem Landeserziehungsgeld vergleichbare Leistungen in einem anderen Bundesland bezogen werden,
- in Adoptionspflegefällen die Annahme als Kind abgelehnt wird.

Ich bin mir im Klaren, dass wahrheitswidrige Angaben bzw. das Verschweigen von rechtserheblichen Tatsachen strafrechtlich verfolgt oder mit einem Bußgeld geahndet werden können und zu Unrecht empfangenes Landeserziehungsgeld zurück erstattet werden muss.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich auch die Kenntnisnahme der dem Antrag beiliegenden Informationen zum Datenschutz („**Informationsblatt zum Datenschutz (SächsLErzGG)**“).

Beigefügte Anlagen:

- Erklärung zum Einkommen
- Einkommensteuerbescheid des Jahres _____
- Verdienstbescheinigung
- Nachweis Entgeltersatzleistungen
- sonstige Unterlagen: _____

Ort, Datum

Unterschrift Bevollmächtigter
(schriftliche Vollmacht beifügen)

Unterschrift Antragsteller

Unterschrift (Ehe-/Lebens-)Partner

Unterschrift gesetzlicher Vertreter
oder Pfleger des Antragstellers

Anlage zum Antrag auf Landeserziehungsgeld

für das Kind:	Familiennamen des Kindes	Vorname	Geburtsdatum
	Name	Vorname	Geburtsdatum
Antragsteller:			(soweit bekannt)
			Aktenzeichen:

Bescheinigungen (wenn Sie keine entsprechenden Nachweise vorlegen können) - kostenfrei nach § 64 SGB X -

20 Bescheinigung der Ausländerbehörde

→ siehe Nr. 2 im Antrag - nur für nicht EU/EWR-Staatsangehörige

Es wird Folgendes bescheinigt:			
Frau/Herr	Name, Vorname	Geburtsdatum	besitzt
<input type="checkbox"/>	eine Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG), seit _____		
<input type="checkbox"/>	eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§ 9 a AufenthG), seit _____		
<input type="checkbox"/>	eine Blaue Karte EU (§ 18 b Abs. 2 AufenthG) <input type="checkbox"/> eine ICT-Karte (§ 19 AufenthG) <input type="checkbox"/> eine Mobiler-ICT-Karte (§ 19 b AufenthG)		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> diese berechtigt/hat berechtigt/erlaubt für mindestens sechs Monate die Ausübung einer Erwerbstätigkeit seit _____		
<input type="checkbox"/>	eine Aufenthaltserlaubnis nach § _____ AufenthG seit _____ gültig bis _____		
	Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt/hat berechtigt/erlaubt mindestens sechs Monate die Ausübung einer Erwerbstätigkeit		
<input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/> es liegt kein Aufenthaltstitel nach den §§ 16 e, 19 c Abs. 1 und 2, 16 b, 16 d oder 20 Abs. 3 AufenthG vor		
<input type="checkbox"/>	nein		
	Die Aufenthaltserlaubnis wurde nach den §§ 16 b, 16 d, oder 20 Abs. 3 AufenthG erteilt: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
	Die/der Berechtigte ist erwerbstätig, in Elternzeit oder bezieht laufende Leistungen nach dem SGB III: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
	Die Aufenthaltserlaubnis wurde nach § 23 Abs. 1 AufenthG wegen eines Krieges im Heimatland oder nach den §§ 23 a, 24, 25 Abs. 3 - 5 AufenthG erteilt: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
	Die/der Berechtigte ist erwerbstätig, in Elternzeit oder bezieht laufende Leistungen nach dem SGB III <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
	Die/der Berechtigte hält sich seit mindestens 15 Monaten erlaubt, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet auf <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
	Die/der Berechtigte ist minderjährig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
<input type="checkbox"/>	eine Beschäftigungsduldung (§ 60 d i. V. m. § 60 a Abs. 2 Satz 3 AufenthG) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
<input type="checkbox"/>	_____ § _____ AufenthG seit _____ gültig bis _____		
	(sonstiger Aufenthaltstitel)		
Ort, Datum		Unterschrift und Stempel der Behörde	

21 Haushalt-/Meldebescheinigung

→ siehe Nr. 7 im Antrag

Die Meldebehörde in	Gemeinde/Stadt	bescheinigt, dass
Frau/Herr	Name, Vorname	Geburtsdatum
mit dem Kind	Name, Vorname	Geburtsdatum
seit	Datum	entsprechend der Meldekartei einen gemeinsamen Haushalt hat,
in:	PLZ, Wohnort	Straße, Haus-Nr.
Ort, Datum		Unterschrift und Dienstsiegel

22 Bestimmung bei nicht sorgeberechtigtem Elternteil eines leiblichen Kindes

→ siehe Nr. 7 im Antrag

Hiermit erkläre ich, dass ich als personensorgeberechtigter Elternteil		
des Kindes	Name, Vorname	Geburtsdatum
damit einverstanden bin, dass dem nicht sorgeberechtigten Elternteil,		
Frau/Herrn	Name, Vorname	Geburtsdatum
Landeserziehungsgeld gewährt werden kann.		
_____ Ort, Datum		_____ Unterschrift personensorgeberechtigter Elternteil

23 Arbeitszeitbestätigung

→ siehe Nr. 17 im Antrag - nur ausfüllen, wenn der Antragsteller im Bezugszeitraum des Landeserziehungsgeldes einer nicht selbstständigen Erwerbstätigkeit nachgeht

Frau/Herr	Name, Vorname
ist bei uns vom	_____ bis (voraussichtlich) _____
mit einer Wochenarbeitszeit von _____ Stunden (bei Lehrern Angabe der Pflichtstundenzahl) beschäftigt.	
Bei unterschiedlichen Wochenarbeitsstunden wird um detaillierte Angaben gebeten:	
_____ _____	
Das Beschäftigungsverhältnis besteht seit _____ .	
Name des Arbeitgebers	Telefon-Nr., Fax
Straße, Haus-Nr.	PLZ, Ort
_____ Ort, Datum	_____ Unterschrift und Stempel des Arbeitgebers

24 Erklärung zur Erwerbstätigkeit

→ siehe Nr. 17 im Antrag - nur ausfüllen, wenn der Antragsteller im Bezugszeitraum des Landeserziehungsgeldes eine selbstständige oder freiberufliche Erwerbstätigkeit ausübt oder aufgibt

Ich versichere, dass ich meine Tätigkeit/Mithilfe auf höchstens 30 Wochenstunden im Monatsdurchschnitt beschränke bzw. in dieser Zeit ganz aufgebe.	
Zu diesem Zweck habe ich folgende Vorkehrungen getroffen:	
_____ _____ _____	
_____ Ort, Datum	_____ Unterschrift Antragsteller

Anlage zum Antrag auf Landeserziehungsgeld

für das Kind:	Familienname des Kindes	Vorname	Geburtsdatum
	Name	Vorname	Geburtsdatum
Antragsteller:			(soweit bekannt)
			Aktenzeichen:

Erklärung zum Einkommen

Hinweis: Die Erklärung zum Einkommen ist Bestandteil des Antrages auf Landeserziehungsgeld und für eine Entscheidung, für Geburten ab 01.01.2015 nur noch für erste und zweite Kinder, unbedingt erforderlich. Beiliegende Erläuterungen helfen Ihnen beim Ausfüllen des Vordrucks.

- Bitte beachten Sie, dass alle Fragen mit "ja" oder "nein" zu beantworten sind. Bei fehlenden Angaben kann über Ihren Antrag nicht entschieden werden.
- Landeserziehungsgeld wird für ab dem 01.01.2015 geborene Kinder ab dem 3. Kind einkommensunabhängig gewährt. Sonst ist es vom Einkommen abhängig. Bei Inanspruchnahme im 2. Lebensjahr des Kindes ist das Einkommen aus dem Kalenderjahr der Geburt maßgebend, bei Inanspruchnahme im 3. Lebensjahr des Einkommen aus dem Kalenderjahr nach der Geburt!
- Grundsätzlich ist der Steuerbescheid aus dem maßgebenden Kalenderjahr bzw. dem Jahr davor beizufügen!

Steuerbescheid aus dem Jahr _____ liegt vor Ich/Wir erkläre/n, keinen Steuerbescheid zu haben.

25 Nicht selbstständige Erwerbstätigkeit

Mein (Ehe-/Lebens-)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr folgende Einkünfte aus nicht selbstständiger Erwerbstätigkeit:

nein ja, wie folgt:

Einkünfte aus nicht selbstständiger Erwerbstätigkeit	(Ehe-/Lebens-)Partner
Steuerpflichtiger Jahresbruttoarbeitslohn → Steuerbescheid, Lohnsteuerkarte, Jahresverdienstbescheinigung oder beiliegende Verdienstbescheinigung vom Arbeitgeber ausgefüllt beifügen	jährlich: EUR
Abzugsfähige Werbungskosten, soweit sie den Arbeitnehmerpauschbetrag (1000 EUR) übersteigen → Steuerbescheid oder Glaubhaftmachung durch Aufstellung sind beizufügen	jährlich: EUR
Versorgungsbezüge, Übergangsgebühren, etc. → Glaubhafte Nachweise sind beizufügen	jährlich: EUR

26 Selbstständige Arbeit / Gewerbebetrieb / Land- und Forstwirtschaft

Mein (Ehe-/Lebens-)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr folgende Gewinneinkünfte (Einnahmen abzüglich Ausgaben)

nein ja, wie folgt:

Einkünfte (Einnahmen abzüglich Ausgaben) einschließlich Veräußerungsgewinn, ohne Verlustausgleich	(Ehe-/Lebens-)Partner
Einkünfte aus selbstständiger Erwerbstätigkeit, einschließlich Veräußerungsgewinn, ohne Verlustausgleich	jährlich: EUR
Einkünfte aus Gewerbebetrieb, einschließlich Veräußerungsgewinn, ohne Verlustausgleich	jährlich: EUR
Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Veräußerungsgewinn, ohne Verlustausgleich	jährlich: EUR

→ Die Einkünfte sind durch den Steuerbescheid aus dem maßgebenden Kalenderjahr nachzuweisen. Liegen diese Nachweise nicht vor, letzten Steuerbescheid, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung durch Steuerberater o. Ä. beifügen.

27 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Ich oder mein (Ehe-/Lebens-)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr Einkünfte (Einnahmen abzüglich Werbungskosten) aus Vermietung und Verpachtung

nein ja, wie folgt:

Einkünfte (Einnahmen abzüglich Werbungskosten) aus Vermietung und Verpachtung, ohne Verlustausgleich	Antragsteller	(Ehe-/Lebens-)Partner
Einnahmen	jährlich: EUR	jährlich: EUR
Werbungskosten	jährlich: EUR	jährlich: EUR

→ Die Einkünfte sind durch den Steuerbescheid aus dem maßgebenden Kalenderjahr nachzuweisen. Liegen diese Nachweise nicht vor, letzten Steuerbescheid, Anlage V+V der letzten Steuererklärung o. Ä. beifügen.

28 Einkünfte aus Kapitalvermögen (z. B. Zinsen, Dividenden, GmbH-Gewinnanteile)

Ich oder mein (Ehe-/Lebens-)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr Einkünfte aus Kapitalvermögen über dem Sparer-Pauschbetrag (801 € bei Einzelveranlagung, sonst 1.602 €):

nein ja, wie folgt:

Einkünfte aus Kapitalvermögen	Antragsteller	(Ehe-/Lebens-)Partner
Kapitalerträge (vor Abzug Sparerfreibetrag)	jährlich: EUR	jährlich: EUR

→ Die Einkünfte sind durch den Steuerbescheid aus dem maßgebenden Kalenderjahr nachzuweisen. Liegt dieser nicht vor, sind andere Nachweise, z. B. Jahresabschluss pro Kapitalanlage, Bescheinigung der Bank, beizufügen.

29 Sonstige Einkünfte im Sinne von § 22 EStG (z. B. Renten, Unterhaltsleistungen)

Ich oder mein (Ehe-/Lebens-)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr sonstige Einkünfte i. S. d. § 22 Einkommensteuergesetz:

nein ja, wie folgt:

Art der sonstigen Einkünfte	Antragsteller	(Ehe-/Lebens-)Partner
	jährlich: EUR	jährlich: EUR
	jährlich: EUR	jährlich: EUR

→ Die Einkünfte sind durch den Steuerbescheid aus dem maßgebenden Kalenderjahr oder andere geeignete Nachweise, z. B. Urteil oder Vereinbarung über den Unterhalt, Zahlungsbelege oder Rentenbescheid, zu belegen.

30 Ausländische Einkünfte, die keiner staatlichen Besteuerung unterliegen

Ich oder mein (Ehe-/Lebens-)Partner erzielte im maßgebenden Kalenderjahr ausländische Einkünfte bzw. Einkünfte, die keiner staatlichen Besteuerung unterliegen:

nein ja, wie folgt:

Art der ausländischen Einkünfte bzw. Einkünfte, die keiner staatlichen Besteuerung unterliegen	Antragsteller	(Ehe-/Lebens-)Partner
	jährlich:	jährlich:
	jährlich:	jährlich:

→ Die Bescheinigungen dazu sind in beglaubigter Übersetzung beizufügen.

31 Entgeltersatzleistungen des (Ehe-/Lebens-)Partners

Mein (Ehe-/Lebens-)Partner bezog im maßgebenden Kalenderjahr Entgeltersatzleistungen, z. B. Arbeitslosengeld I, -beihilfe, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld, Krankengeld, Verletztengeld, Insolvenzgeld, Winterausfallgeld oder vergleichbare ausländische Leistungen:

nein ja, wie folgt:

Bezeichnung der Leistungsstelle	Art der Leistung	Dauer	Aktenzeichen

→ Entsprechende Leistungs-/Bewilligungsbescheide beifügen.

32 Pauschalabzug

Ich gehöre oder mein (Ehe-/Lebens-)Partner gehört zu dem am 31.12.2006 in § 10 c Abs. 3 EStG beschriebenen Personenkreis, der im maßgebenden Kalenderjahr Einkünfte bezieht, z. B. als Beamter, Richter, Soldat, Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH, Bezieher von Versorgungsbezügen, Altersrente:

Antragsteller: nein ja (Ehe-/Lebens-)Partner: nein ja

33 Unterhaltsleistungen (zu zahlende)

Ich zahle oder mein (Ehe-/Lebens-)Partner zahlt Unterhaltsleistungen

aufgrund eines Unterhaltstitels oder durch Vereinbarung an

Name des Kindes	Geburtsdatum	Jahresbetrag (EUR)
-----------------	--------------	--------------------

an sonstige Personen (ehemalige Ehepartner, Verwandte in gerader Linie, andere Verwandte)

Name, Vorname	Verwandtschaftsverhältnis	Geburtsdatum	Jahresbetrag (EUR)

→ Unterhaltsurteil, -vergleich, privatrechtliche Vereinbarung und alle Zahlungsnachweise des maßgebenden Kalenderjahres sind beizufügen.

34 Behindertenpauschbetrag (für ein Kind, den Antragsteller und dessen (Ehe-/Lebens-)Partner)

Ein Behindertenpauschbetrag gemäß § 33 b Abs. 1 bis 3 EStG liegt für folgende Person/en vor:

Name, Vorname	Verwandtschaftsverhältnis	Grad der Behinderung	Aktenzeichen

→ Kopie des Bescheides bzw. des Schwerbehindertenausweises beifügen.

Hinweis

Ohne die Erklärung zum Einkommen kann über ihren Anspruch auf Landeserziehungsgeld nicht entschieden werden. Beachten Sie die Erklärung (Nr. 19 und 19.1) im Antrag und die entsprechenden Hinweise im Merkblatt.

Bitte überprüfen Sie nochmals Ihre Angaben, ob die erforderlichen Nachweise und Erklärungen beigelegt sind und die erforderlichen Unterschriften auf dem Antragsformular geleistet wurden. Mit Ihrer und der Unterschrift Ihres (Ehe-/Lebens-)Partners auf dem Antrag bestätigen Sie auch die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben in dieser Erklärung zum Einkommen.

Anlage zum Antrag auf Landeserziehungsgeld

Name, Vorname des anspruchsbegründenden Kindes	Geburtsdatum	Aktenzeichen (soweit bekannt)
--	--------------	-------------------------------

Ist nur vom Arbeitgeber auszufüllen, wenn kein anderer Nachweis (z. B. Steuerbescheid, Lohnsteuerkarte, Jahresgehaltsabrechnung) zum maßgebenden Kalenderjahr vorgelegt werden kann.

Verdienstbescheinigung zur Erklärung zum Einkommen (Nr. 25) über die Bezüge des (Ehe-/Lebens-)Partners

Erläuterungen siehe Rückseite

Bitte vom Arbeitgeber ausfüllen und bestätigen lassen!

(Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 12 Abs. 2 Bundeserziehungsgeldgesetz (BERzGG) i. V. m. § 8 Sächsisches Landeserziehungsgeldgesetz (SächsLERzGG))

Maßgebend ist das Kalenderjahr: _____

(Bei Inanspruchnahme im 2. Lebensjahr des Kindes ist das Kalenderjahr der Geburt maßgebend; bei Inanspruchnahme im 3. Lebensjahr des Kindes ist das Kalenderjahr nach der Geburt maßgebend!)

Frau/Herrn	Name, Vorname	Geburtsdatum
wohnhaft in	Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort	
wird Folgendes bescheinigt:		
I Steuerepflichtiger Bruttoarbeitslohn (einschließlich Überstunden und sonstiger steuerpflichtiger Lohnzuschläge) ohne steuerpflichtige Sonderzuwendungen (in der Lohnsteuerkarte eingetragene Freibeträge sind nicht zu berücksichtigen)		
<input type="checkbox"/>	für das gesamte Kalenderjahr	Betrag _____ EUR
<input type="checkbox"/>	für die Zeit vom _____ bis _____	Betrag _____ EUR
	Grund für die Begrenzung _____	
<i>In jedem Fall sind auch nachstehende Angaben erforderlich.</i>		
II Steuerpflichtige Sonderzuwendungen, die für das maßgebende Kalenderjahr gezahlt wurden		
a) Urlaubsgeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von: _____	Bruttobetrag _____ EUR Zahlungsmonat/e _____
b) Weihnachtsgeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von: _____	Bruttobetrag _____ EUR Zahlungsmonat/e _____
c) sonstige steuerpflichtige Sonderzuwendungen	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:	
Art _____	Betrag _____	EUR Zahlungsmonat/e _____
_____	_____	EUR _____
_____	_____	EUR _____
III Werbungskosten (vom Arbeitgeber gewährte pauschal versteuerte bzw. steuerfreie Leistungen, z. B. Fahrtkosten)		
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:	Art _____	Jahresbruttobetrag _____ EUR
	_____	_____ EUR
IV Die bestätigten Einkünfte unterliegen <input type="checkbox"/> dem normalen Steuerabzug. <input type="checkbox"/> der pauschalierten Besteuerung nach §§ 40 bis 40 b EStG.		
V Das Beschäftigungsverhältnis besteht/bestand seit/von: _____ bis _____ .		

Erläuterungen zur Verdienstbescheinigung

Gemäß § 12 Abs. 2 BErzGG, welches nach § 8 SächsLErzGG für die Bewilligung von Landeserziehungsgeld weiter Anwendung findet, hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer dessen Bruttoarbeitsentgelt und Sonderzuwendungen sowie die Arbeitszeit zu bescheinigen.

Zu bescheinigen ist der steuerpflichtige Jahresbruttoarbeitslohn für das maßgebende Kalenderjahr. Wird Landeserziehungsgeld beginnend im 2. Lebensjahr des Kindes beansprucht, ist das Kalenderjahr der Geburt maßgebend. Wird Landeserziehungsgeld beginnend erst im 3. Lebensjahr des Kindes beansprucht, ist das Kalenderjahr nach der Geburt maßgebend.

Falls das steuerpflichtige Einkommen für das gesamte Kalenderjahr nicht bescheinigt werden kann (z. B. wegen Neuaufnahme oder Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses), sind zumindest die Einkünfte für den entsprechenden Zeitraum der Zugehörigkeit zum Arbeitgeber zu bescheinigen.

In der Lohnsteuerbescheinigung eingetragene Freibeträge dürfen nicht berücksichtigt werden.

Lohnzuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sind nur insoweit dem Bruttoarbeitslohn zuzuschlagen, als sie vom Arbeitgeber zu versteuern sind.

Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und sonstige steuerpflichtige Sonderzuwendungen, die im maßgebenden Jahr gewährt wurden, sind zu bescheinigen und in der Verdienstbescheinigung gesondert unter II auszuweisen.

Zu den sonstigen steuerpflichtigen Zuwendungen zählen auch die geldwerten Vorteile aus einem Arbeitsverhältnis (z. B. Belegschaftsrabatt, Jahreswagen, Sachbezüge). Anzugeben ist hierbei der Betrag, der vom Arbeitnehmer zu versteuern ist.

Anlage zum Antrag auf Landeserziehungsgeld

Name, Vorname des anspruchsbegründenden Kindes	Geburtsdatum	Aktenzeichen (soweit bekannt)
--	--------------	-------------------------------

Ist nur auszufüllen, wenn der Antragsteller im Bezugszeitraum des Landeserziehungsgeldes einer zulässigen Teilzeiterwerbstätigkeit/Berufsausbildung nachgeht.

Verdienstbescheinigung zum Antrag auf Landeserziehungsgeld (Nr. 17, 25) über die Bezüge des Antragstellers

Erläuterungen siehe Rückseite

Bitte vom Arbeitgeber ausfüllen und bestätigen lassen!

(Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 12 Abs. 2 Bundeserziehungsgeldgesetz (BERzGG) i. V. m. § 8 Sächsisches Landeserziehungsgeldgesetz (SächsLERzGG))

Maßgebend ist die Bezugszeit des Landeserziehungsgeldes vom: _____ bis: _____

Frau/Herrn	Name, Vorname	Geburtsdatum			
wohnhaft in	Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort				
wird Folgendes bescheinigt:					
I Steuerpflichtiger Bruttoarbeitslohn (einschließlich Überstunden und sonstiger steuerpflichtiger Lohnzuschläge) ohne steuerpflichtige Sonderzuwendungen (in der Lohnsteuerkarte eingetragene Freibeträge sind nicht zu berücksichtigen)					
Monat	Jahr	steuerpflichtiger Bruttoarbeitslohn	Monat	Jahr	steuerpflichtiger Bruttoarbeitslohn
Januar		EUR	Juli		EUR
Februar		EUR	August		EUR
März		EUR	September		EUR
April		EUR	Oktober		EUR
Mai		EUR	November		EUR
Juni		EUR	Dezember		EUR
II Werbungskosten (vom Arbeitgeber gewährte pauschal versteuerte bzw. steuerfreie Leistungen, z. B. Fahrtkosten)					
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja:	Art	Jahresbruttobetrag	EUR	
				EUR	
III Die bestätigten Einkünfte unterliegen <input type="checkbox"/> dem normalen Steuerabzug. <input type="checkbox"/> der pauschalierten Besteuerung nach §§ 40 bis 40 b EStG.					
IV Bei den bescheinigten Monatseinkünften handelt es sich um <input type="checkbox"/> feststehende Einkünfte <input type="checkbox"/> schwankende Einkünfte					
V Das Beschäftigungsverhältnis besteht/bestand seit/von: _____ bis _____ .					

Erläuterungen zur Verdienstbescheinigung

Gemäß § 12 Abs. 2 BErzGG, welches nach § 8 SächsLErzGG für die Bewilligung von Landeserziehungsgeld weiter Anwendung findet, hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer dessen Bruttoarbeitsentgelt und Sonderzuwendungen sowie die Arbeitszeit zu bescheinigen.

Übt der Antragsteller im Bezugszeitraum des Landeserziehungsgeldes eine zulässige Teilzeittätigkeit bis zu 30 Wochenstunden aus, hat er den voraussichtlichen steuerpflichtigen Bruttoarbeitslohn aus dieser Teilzeittätigkeit nachzuweisen.

Für die Berechnung werden die **voraussichtlichen Einkünfte aus der Teilzeittätigkeit in dem entsprechenden Bezugszeitraum** nur solange berücksichtigt, wie die Teilzeittätigkeit ausgeübt wird.

Für in der Zukunft liegende Zeiträume sind die voraussichtlichen Einkünfte, z. B. aus Teilzeittätigkeit, anzugeben. Es ist zu vermerken, ab wann es sich um voraussichtliche Angaben handelt. Bereits **feststehende Veränderungen** für in Zukunft liegende Zeiträume im maßgebenden Bezugszeitraum (z. B. Tarif- und Lohnerhöhungen, Orts- und Familienzuschlag), auf die ein **Rechtsanspruch** besteht, müssen vom Arbeitgeber erfasst werden.

Falls das steuerpflichtige Einkommen für das gesamte Kalenderjahr nicht bescheinigt werden kann, sind zumindest die Einkünfte bis zum aktuellen Monat zu bescheinigen.

In der Lohnsteuerbescheinigung eingetragene Freibeträge dürfen nicht berücksichtigt werden.

Lohnzuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit sind nur insoweit dem Bruttoarbeitslohn zuzuschlagen, als sie vom Arbeitgeber zu versteuern sind.

Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und sonstige steuerpflichtige Sonderzuwendungen sind, soweit sie nicht Bestandteil des regelmäßig monatlich ausgezahlten Lohn oder Gehalts sind, **nicht** zu berücksichtigen.

Zu den sonstigen steuerpflichtigen Zuwendungen zählen auch die geldwerten Vorteile aus einem Arbeitsverhältnis (z. B. Belegschaftsrabatt, Jahreswagen, Sachbezüge). Anzugeben ist hierbei der Betrag, der vom Arbeitnehmer zu versteuern ist.

- zu Ihrem Verbleib -

Folgende Informationen sind Ihnen gemäß Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO - Verordnung (EU) 2016/679) bei Erhebung der personenbezogenen Daten mitzuteilen:

1 Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Die zuständige Stelle für die Erhebung der Daten im Rahmen der Beantragung von Sächsischem Landeserziehungsgeld ist nach dem Sächsischen Landeserziehungsgeldgesetz (SächsLERzGG) die für den Wohnort zuständige Eltern geldstelle der kreisfreien Städte oder Landkreise.

Verantwortlicher im Sinne der Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung ist die nachfolgend genannte Stelle:

Stadt Chemnitz
Sozialamt
Abt. Soziale Leistungen
Bahnhofstraße 53
09111 Chemnitz

2 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Anschrift: Datenschutzbeauftragte der Stadt Chemnitz
09106 Chemnitz
Telefon: 0371 488-0
E-Mail: datenschutz@stadt-chemnitz.de

3 Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Erhebung der personenbezogenen Daten ist notwendig, um über Ihren Antrag auf Landeserziehungsgeld nach dem SächsLERzGG entscheiden zu können (§§ 4, 9 SächsLERzGG in Verbindung mit § 67 a Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB X). Die zuständige Eltern-/Erziehungsgeldstelle verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten und die Ihres/r minderjährigen Kindes/r auf der Grundlage der Artikel 6 ff. DSGVO i. V. m. §§ 35 SGB I, 67 ff SGB X sowie des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes.

4 Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die von der Eltern- und Erziehungsgeldstelle erhobenen personenbezogenen Daten werden zur Feststellung Ihres Anspruches auf Landeserziehungsgeld im Rahmen des Verfahrens gespeichert und verarbeitet.

Die im Verfahren erstellten Auszahlungsdateien mit Ihren Bankverbindungsdaten werden in gesicherter elektronischer Form an die Hauptkasse Sachsen zur Auszahlung übermittelt.

Personenbezogene Daten werden im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung weiterhin an die zuständige Krankenkasse (Krankenkassenmitteilung), an die Meldebehörde (Wohnsitzermittlung), an den KSV Sachsen (Widerspruchsbearbeitung/Grundsatzfragen), an andere Organisationseinheiten des Verantwortlichen, Sozialgerichte (Rechtsbehelfsverfahren), an das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (Fachaufsicht), an den Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste (Auftragsverarbeitung), an die Saskia Informationssysteme GmbH (Auftragsverarbeitung) und an den jeweiligen Landesrechnungshof (im Fall von Prüfungen nach der Landeshaushaltsordnung) übermittelt.

Auskünfte und Unterlagen, die die Verwaltung im Zusammenhang mit dem Verfahren nach dem SächsLERzGG über Sie erhalten hat, dürfen an andere Sozialleistungsträger übermittelt werden, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist (§ 69 Abs. 1 SGB X). Nur im Einzelfall werden besonders schutzwürdige Daten (z. B. medizinische Daten) erhoben/übermittelt (§ 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB X). Dieser Datenübermittlung kann von Ihnen jederzeit widersprochen werden.

5 Quelle der personenbezogenen Daten

Grundsätzlich erfolgt eine Datenerhebung beim Betroffenen. Im Ausnahmefall können, Ihre Einwilligung voraussetzend, und soweit dies für die Durchführung des Verfahrens erforderlich ist, ergänzend von anderen Stellen (z. B. Finanzamt, Meldebehörde) oder auf gesetzlicher Grundlage (z. B. Krankenkasse, Ausländerbehörde) Auskünfte und Unterlagen überprüft oder erbeten werden.

6 Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist in der Regel nicht vorgesehen, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln. Soweit ein grenzüberschreitendes Sozialleistungsverhältnis innerhalb der Europäischen Union/Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft/Schweiz vorliegt, ist jedoch eine Übermittlung an die jeweiligen Kontaktstellen des betreffenden Landes zur Abstimmung vorgeschrieben.

7 Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung nach dem SächsLERzGG erforderlich ist. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die automatische Löschung der Daten, ohne dass es einer ausdrücklichen Veranlassung durch Sie bedarf.

8 Betroffenenrechte

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft der Verantwortliche, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an den behördlichen Datenschutzbeauftragten.

9 Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung durch den Verantwortlichen durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft beim Verantwortlichen widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

10 Beschwerderecht

Ihnen steht ein Beschwerderecht bei der zuständigen datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde nach Art. 51 DSGVO zu. Ihre Beschwerde richten Sie bitte an:

Sächsischer Datenschutzbeauftragter
Postfach 11 01 32
01330 Dresden

Tel.: 0351 85471-101

Fax: 0351 85471-109

E-Mail: saechsdsb@slt.sachsen.de

11 Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 SGB I alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Können die notwendigen Informationen durch Sie nicht bereitgestellt und auch nicht anderweitig erlangt werden, kann über Ihren Antrag nicht oder nur eingeschränkt entschieden werden.

12 Weiterverarbeitung zu anderen Zwecken

Ist beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den sie im Antragsverfahren erhoben wurden, so stellt der Verantwortliche Ihnen vor dieser Weiterverarbeitung Informationen über diesen anderen Zweck und alle anderen maßgeblichen Informationen zur Verfügung.

Stand:19.03.2020